

Innenpolitisches Nachsteuern nötig

VON CHRISTIAN MÜLLER

In der Flüchtlingsdebatte ist immer wieder das Argument zu hören, man könne die Ströme der Zuwanderer auch dadurch verringern, dass man ihren Heimatländern hilft, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern. Dahinter steht die Überlegung, dass nicht alle Migranten aus Angst vor Krieg und politischer Verfolgung zu uns kommen, sondern auch wegen ihrer ökonomischen Not. Wenn es also gelänge, über Entwicklungspolitik das allgemeine Einkommensniveau in den Heimatländern anzuheben, dann würden sich auch entsprechend weniger Menschen auf den langen Weg zu uns machen. Neuere ökonomische Studien deuten indes darauf hin, dass diese Erwartung wohl trügen dürfte.

Natürlich stimmt es, dass die oft riesige Kluft zwischen der Entlohnung von Arbeitern in armen und reichen Ländern ein wesentlicher Migrationsanreiz sein dürfte. Diese Lohnunterschiede gehen im Wesent-



Christian Müller.

Foto: IN

lichen auf Produktivitätsunterschiede zurück, die ihrerseits zumeist durch die verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme in den Emigrations- und den Immigrationsländern verursacht sind. Deutschland verdankt seinen rasanten Aufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zuletzt der Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption der Sozialen Marktwirtschaft. Deren vor allem christlich geprägte Idee bestand darin, über den juristischen Ordnungsrahmen die Würde des Menschen nicht nur im politischen System zu implementieren, sondern durch Haftungsvorschriften, Wettbewerbsaufsicht oder Einkommenspolitik auch in der Sphäre der Wirtschaft. Eine freiheitliche politische und juristische Rechtsordnung, so die Überlegung, wird nur dann für alle akzeptable Ergebnisse des menschlichen Handelns hervorbringen, wenn sie durch eine

entsprechende kooperative Wirtschaftsordnung ergänzt wird. Wie in den letzten Jahren besonders Daron Acemoglu und James Robinson in ihrem Buch „Warum Nationen scheitern“ zeigten, sind es vor allem die Länder mit inklusiven – die breiten Massen beteiligenden – Institutionen im politischen wie im wirtschaftlichen Raum, welche im internationalen Vergleich ökonomisch erfolgreich waren.

Für das Flüchtlingsproblem bedeutet das: Migration findet im Wesentlichen aus „gescheiterten“ Nationen mit „exklusiven“ Institutionen in solche Länder statt, wo die Migranten nicht nur höhere Verdienstmöglichkeiten vorfinden, sondern – über bessere Wirtschaftsordnungen und höhere Umverteilungssteuern – auch eine höhere soziale Absicherung. Doch Migration ist – wie der britische Ökonom Paul Collier zeigt – eine komplexe Investitionsentscheidung. Während aus der Sicht eines potenziellen Migranten die Vorteile durch höhere Einkommen durchaus unsicher und allenfalls langfristig erwartbar sind, müssen deren Kosten sofort aufgebracht werden. Und diese können enorm sein: Schon ein internationales Flugticket kann leicht mehr kosten als der durchschnittliche Jahresverdienst im Herkunftsland. Wie neuere Studien nahelegen, sind es entgegen der üblichen Meinung daher gerade nicht die Ärmsten der Armen, die sich auf den langen Weg nach Westeuropa machen; Migranten stammen eher aus Familien mit einem gewissen Mindestkapital.

Der amerikanische Migrationsforscher Michael Clemens beschreibt in einer umfangreichen Studie für die letzten vier Jahrzehnte die Beziehung zwischen dem Einkommen in den Herkunftsländern und der Auswanderungsneigung in Form eines „umgedrehten U“: Die Ärmsten möchten ihr Land verlassen, können es sich aber nicht leisten. Die Reichen hingegen hätten zwar das Kapital, um eine Auswanderung zu finanzieren, haben hierdurch aber wenig zu gewinnen. Nur Personen, die weder ganz reich noch ganz arm sind, werden daher tatsächlich wandern. Dieser Zusammenhang aber kehrt die landläufige Intuition in ihr Gegenteil: Wenn (was natürlich wünschenswert wäre) durch eine entsprechende Ordnungspolitik für Wirtschaft und Gesellschaft das Einkommensniveau in einem Herkunftsland steigt, dürfte die Auswanderungsrate zunächst nicht fallen, sondern eher steigen: Wachstum bedeutet in typischen armen Ländern daher mittelfristig mehr statt weniger Emigration. Politisch betrachtet dürfte es daher zu kurz gegriffen zu sein, allein auf Entwicklung in den Heimatländern zu setzen: Zielländer, die ein Interesse an der Reduktion von Migrationsströmen haben, werden daher immer auch innenpolitisch nachsteuern müssen.

Der Autor ist Professor am Institut für Ökonomische Bildung der Universität Münster